

Globale Verantwortung

Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe
Austrian Platform for Development and Humanitarian Aid

Global
Responsibility

Apollogasse 4/9 • A - 1070 Wien
Tel +43.1.522 44 22-0 • Fax +43.1.522 44 22-10
office@globaleverantwortung.at • www.globaleverantwortung.at

Wien, 6. Oktober 2010

● **Stellungnahme der AG Globale Verantwortung¹: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Aufstockung der Neuen Kreditvereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds**

Nach einer substantiellen Schwächung des IWF in Folge seiner weithin kritisierten Politikempfehlungen im Rahmen der Südostasienkrise - viele Schwellenländer haben sich vom IWF abgewandt und ihre Kredite vorzeitig zurückgezahlt - sind die Bedeutung und die Finanzmittel des IWF in den letzten beiden Jahren wieder stark gestiegen. Die Maßnahmen und Politikempfehlungen erfordern deshalb ein genaues Monitoring durch das österreichische Parlament und die Zivilgesellschaft.

Der IWF hat eine wichtige Rolle in einer globalisierten Weltwirtschaft, allerdings hat er in den letzten 30 Jahren in Entwicklungsländern durch zu einseitige Politikempfehlungen und restriktive Konditionalitäten oft zu einer Verschärfung von Krisen beigetragen statt diese zu lindern. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und WissenschaftlerInnen kritisieren diese Politik seit langer Zeit und verlangen eine grundlegende Reform der Politikausrichtung des IWF. Im Februar 2010 hat auch der IWF erstmal selbst eine weit reichende Selbstkritik seiner Politik publiziert. Es wird u.a. festgestellt, dass die Geldpolitik zu eng auf Inflationsbekämpfung ausgerichtet war und dass die Bedeutung von Fiskalpolitik und Finanzmarktregulierung missachtet wurde. So hält der in Kürze erscheinende World Economic Outlook fest, dass in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation Konsolidierungsmaßnahmen starke negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung nach sich ziehen würden.

Gleichzeitig deuten jedoch bisherige Studien darauf hin, dass der IWF in den konkreten Politikempfehlungen für die Kredit nehmenden Länder zwar etwas flexibler geworden ist, sich aber nicht wesentlich von der orthodoxen Politik der letzten Jahre entfernt hat. So ergibt etwa eine Eurodad-Studie, dass – sogar in Krisenzeiten - die Mehrheit der IWF-Programme weiterhin auf Inflationsraten unter 5 % bestehen und die Bildung von Devisenreserven vor höheren Sozialausgaben Priorität haben. Dabei wird ignoriert, dass die internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, mit denen Entwicklungsländer konfrontiert sind, wie z.B. die hohe Volatilität von Finanzflüssen, stark schwankende Wechselkurse, hohe weltwirtschaftliche Leistungsbilanzungleichgewichte, etc. sich sehr negativ auf die Entwicklungsmöglichkeiten auswirken und wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum untergraben.

Gerade den ärmsten Ländern fehlt es finanziellen Ressourcen, um in der Finanzkrise gegenzusteuern. **Eine Bereitstellung von Mitteln in Form einer Ausweitung der New Arrangements to Borrow ist dann zu befürworten, wenn die mit eventuellen Krediten verbundenen Konditionen genügend Handlungsspielraum der Länder für eine antizyklische Politik und für eine Regulierung von Kapitalflüssen gewährleisten.**

¹ Ko-Autorenschaft: ÖFSE Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung, Abteilung Internationale Wirtschaftspolitik

Empfehlungen:

Wir empfehlen daher, dass sich Österreich im IWF dafür einsetzt, die ursprüngliche Rolle des IWF, die ihm bei seiner Gründung nach dem zweiten Weltkrieg zugedacht war, wieder zu stärken: nämlich die **Stabilisierung der Weltwirtschaft**.

Im Falle der Zustimmung zu einer neuerlichen Kapitalerhöhung soll sich Österreich dafür einsetzen:

1. dass der IWF die restriktiven Konditionalitäten zugunsten eines größeren Handlungsspielraums der Länder u.a. bei der Fiskal-, Finanzmarkt-, Verteilungs-, Beschäftigungs-, und Sozialpolitik beendet. Weiters soll der IWF Länder, die höhere EZA-Gelder erhalten, nicht dazu verpflichten, diese als Devisenreserven anzulegen (zu sterilisieren) sondern das Geld für wachstumsfördernde und armutsreduzierende Ausgaben verwendet werden.
2. dass der IWF Expertise für eine weitreichende Regulierung der internationalen und nationalen Finanzmärkte bereitstellt, inklusive für die Implementierung einer Finanztransaktionssteuer. Weiters sollen Bestrebungen der regionalen Kooperation im Bereich Finanzmarktpolitik gefördert werden, wie z.B. lokale Währungs Kooperationen und gemeinsame regionale Devisenreserven.
3. dass der IWF Anstrengungen koordiniert, ein stabiles Wechselkurssystem - basierend auf und weiterentwickelt nach Vorschlägen von Keynes - zu schaffen: Stabilisierung der Wechselkurse, Internationale Verrechnungseinheit als Reserve- und Handelswährung. Aktuell schlägt das z.B. auch die UNCTAD vor.
4. dass die angekündigte Governance-Reform zu einer demokratischeren Entscheidungsfindung im IWF führt, indem die Entwicklungsländer mehr Stimmrechte erhalten und die USA ihre Sperrminorität aufgeben. Die angekündigte Übertragung von mindestens 5 % der Stimmrechte an Entwicklungsländer ist zu wenig, und sollte auf keinen Fall weiter verringert werden, wie dies derzeit gerade in Diskussion ist. Der Vorschlag der Einführung einer „doppelten Mehrheit“ (nach dem Quotensystem + dem System one country one vote) sollte umgesetzt werden.
5. dass mehr Transparenz und Rechenschaft des IWF hergestellt wird, insbesondere durch die verstärkte Information des österreichischen Parlaments über aktuelle Diskussionen und Richtungsentscheidungen im IWF sowie über österreichische Positionen im IWF. Zudem ist die bessere Information und Einbeziehung der Parlamente und der Zivilgesellschaft in den betroffenen Ländern sowie in Österreich wünschenswert.